An den Vorsitzenden
des Ausschusses
für Chancengerechtigkeit und Integration
Cihad Kefeli

Ratsfraktion Bielefeld
Altes Rathaus
Niederwall 25
33602 Bielefeld
Telefon: 0521-515080
E-Mail: die.linke@bielefeld.de
Internet: www.linksfraktion-bielefeld.de

Bielefeld, 26.05.2026

Anfrage zur Sitzung des Ausschusses für Chancengerechtigkeit und Integration am 03.06.2026

Folgen durch Verzögerungen in der Ausländerbehörde

Sehr geehrter Herr Kefeli,

zur Sitzung des Ausschusses für Chancengerechtigkeit und Integration am 03.06.2026 stellen wir folgende Anfrage:

Wie lang sind aktuell die durchschnittlichen Bearbeitungszeiten für Arbeitserlaubnisse und Aufenthaltstitel und welche Maßnahmen werden ergriffen, um diese zu verkürzen?

Zusatzfragen:

1. Welche Standards bestehen für die Beratung von Antragstellenden, insbesondere hinsichtlich Hinweisen zu finanziellen Absicherungen wie Arbeitslosengeld und wie wird deren Einhaltung sichergestellt?

2. Welche Maßnahmen plant die Verwaltung, um künftig zu verhindern, dass Menschen aufgrund behördlicher Verzögerungen ihre Arbeitsstellen verlieren oder in existenzielle Notlagen geraten?

Begründung:

In den vergangenen Monaten wurden wiederholt Fälle bekannt, in denen Verzögerungen bei der Bearbeitung von Aufenthaltstiteln und Arbeitserlaubnissen sowie

unzureichende Beratung in der Ausländerbehörde zu erheblichen Problemen führten und damit für Menschen in laufenden Beschäftigungsverhältnissen existenzbedrohende Folgen haben können.

In einem aktuellen Fall verlor eine betroffene Person ihre unbefristete Arbeitsstelle, weil die rechtzeitig beantragte Arbeitserlaubnis nicht fristgerecht verlängert wurde. Zudem erfolgte keine Information über die voraussichtliche Bearbeitungsdauer oder über notwendige Schritte zur finanziellen Absicherung, wie etwa die rechtzeitige Beantragung von Arbeitslosengeld. Dadurch geriet die Person ohne eigenes Verschulden in eine finanzielle Notlage.

Auch im Rahmen eines Vortrags einer Besucherin in der vergangenen Sitzung des ACI wurden ähnliche Probleme geschildert. Es wurde insbesondere auf fehlende Transparenz zu Bearbeitungszeiten sowie auf unzureichende Hinweise zu sozialrechtlichen Ansprüchen während laufender Verfahren hingewiesen.

Diese Verzögerungen in der Bearbeitung sowie fehlende Beratung können Risiken für die Existenzsicherung der Betroffenen darstellen. Vor diesem Hintergrund ist wichtig, geplante Maßnahmen zur Vermeidung existenzbedrohender Situationen zu klären.

Mit freundlichen Grüßen

Liza Koç
Ratsfraktion Die Linke